Der Deutsche Correspondent.

30. Jahrgang. Baltimore, Md., Freitag, den 23. Januar 1874. Nr. 4.

Die Geschäftsaussichten.

Während einige westliche Congreßmitglieder in der National-Gesetzgebung eifrig daran arbeiten, nicht nur den Rest der Greenbacks-Reserve stort zu machen, sondern das Land förmlich mit uneinlösbarem Papiergelde zu überschwemmen, unter dem windigen Vorgeben, auf diese Weise den Geschäften auf die Beine zu helfen, kommt von New-York die Nachricht, daß der Papiergeldvorrath während der letzten vier Wochen in einer fast nie dagewesenen Weise zugenommen hat und daß die dortigen Bank-Depositen durchschnittlich 36 Millionen pro Woche betragen. Dieser Geldzufluß droht einen förmlichen "embarrasse de richesse" herbeizuführen und wird nicht nur auf das legitime Geschäft, sondern auch auf die Spekulation stimulirend wirken. Ein New-Yorker Blatt, dessen Finanzartikel immer von Bedeutung waren, zeichnet die augenblickliche Finanz- und Geschäftssituation folgendermaßen:

„Niemand, welcher dieses Land nur aus der oberflächlichen Beobachtung kannte, würde nach den Erfahrungen der Monate September und Oktober geglaubt haben, daß es möglich gewesen wäre, drei Monate nach jener förmlichen Erschöpfung des Geldmarktes einen solchen Ueberfluß zu erleben. In der That sucht jetzt das Kapital Beschäftigung, während noch vor Kurzem der Mangel an Kapital allgemein fühlbar war. Unter den Geschäftsleuten herrscht nicht der geringste Zweifel, daß die fortwährende Vermehrung des Geldvorrathes die Spekulation reich beleben und viele der einer Anzahl wackelnder Unternehmungen auf die Beine helfen wird. Während der letzten Sohne bald durchschnittlich $12,000,000 wöchentlich eingetroffen, diese Summen fließen in alle Kanäle, wo sie selbst bei geringen Prozenten beschäftigt werden können."

Das Erfreulichste an dem gegenwärtigen Stand der Dinge ist das, daß die Krisis gänzlich vorüber ist und auch ihre letzten Folgen allmälig verschwinden. Die Agitation, durch Aufblähung des Papiergeld-Volumen zu vermehren, würde nur eine neue Krisis herbeiführen. Augenscheinlich sind jedoch diese Papiervielheiten bedeutend in der Minorität; ein dahin zielender Beschluß, der als Fühler gelten sollte, wurde im Hause prompt niedergestimmt.

Von mehr als vorübergehender Bedeutung ist die Rede, welche Senator Sherman bei der Debatte über seinen Finanzbeschluß im Senate hielt.

Zunächst wird in dieser Rede darauf hingewiesen, daß der wahre Werthmesser im gesammten internationalen Verkehre das Gold ist, daß nur in jenen Ländern aller Geldverkehr gesund und normal ist, wo der Papiercourant einlösbar und dem Golde gleich ist. Noch im Jahre 1869 erklärte der Congreß seine Verpflichtung, das Papiergeld sobald wie möglich in Gold einzulösen. Diese Verpflichtung hat der Congreß ganz außer Acht gelassen. Das Gouvernement löste gegen 400 Millionen Dollars in Goldbonds ein, obgleich diese nicht fällig waren, dagegen löste es nicht einen einzigen Dollar der Greenbacks in Gold ein, obgleich diese längst fällig waren. Ein Zehntel des Goldes, das vom Gouvernement zur Einlösung nicht fälliger Bonds verwendet worden, würde hingereicht haben, unseres Greenbacks für einlösbar zu erklären. Denn Papiergeld, das einlösbar und dem Gelde gleich ist, wird nicht etwa sofort in Gold eingelöst; in England z. B. bestehen nur zwei Prozent des gesammten Geldverkehrs in Goldzahlungen, der ganze übrige Verkehr besteht in einlösbarem Papiergelde. Statt daß wir unser Gold zur Einlösung nicht fälliger Bonds verwenden, müssen wir unter allen Umständen unser Papiergeld auf eine gesunde Goldbasis bringen und dasselbe in Gold einlösbar machen. Nöthigenfalls können wir dies allmälig, und zwar in solcher Weise machen, daß wir einen Theil des Papiergeldes durch neue Goldbonds einlösbar machen. Jedoch besteht der Senator Sherman nicht auf diesem Punkt als dem ausschließlich richtigen, er adoptirt den Plan Anderer, eine Gold-Anleihe von 1 bis 200 Millionen Dollars zu machen, um die Einlösbarkeit unseres Papiercourants durchzuführen. Ferner empfiehlt Herr Sherman mit Recht, die Verschiedenheit der Banknoten und der Greenbacks zu beseitigen und nur Ein uniformes System von Papiergeld, das vom Gouvernement ausgegeben wird, herzustellen. Wenn wir unser gesammtes Papiergeld von 800 Millionen auf jeden Kopf der Bevölkerung dieses Landes vertheilen, so wird man finden, daß auf jeden Kopf mehr Geld kommt, als in irgend einem andern Lande.

Das einzige Mittel, unser Papiergeld zum Besten in der Welt zu machen, besteht darin, daß wir es gleich dem Golde machen, daß wir unser Versprechen, einen Papierdollar mit einem Golddollar auszulösen, erfüllen, daß wir allgemeinen inländischen und ausländischen Verkehre Papiergeld und baares Geld in gleichem Werthe stehen. Einen großen Vortheil gewährt die Einlösbarkeit des Papiergeldes noch insofern, als die fällig werdenden Goldbonds vom Publikum nicht in Gold bezahlt verlangt werden würden, sondern vielmehr in Greenbacks, da durch Einlösbarkeit dieselben dem Golde gleichstehen und im Verkehre stets dem schwerer transportablen Golde vorgezogen werden würden. Auf die frühere Rede des Senators Morton, worin derselbe die Vermehrung uneinlösbaren Papiergeldes darum vertheidigt, weil das Areal der Ver. Staaten so ausgedehnt sei und daher eine größere Cirkulation an Geld nothwendig mache, erwiedert Sherman ganz einfach: Es ist weniger das Areal und die Größe der Bevölkerung, als Geschäftsverkehr und Industrie, denn z. B. in Afrika unter den wandernden Wilden, welche ein ausgedehntes Areal bewohnen, müßte nach Morton's Ansicht eine große Geldcirkulation nothwendig sein; gleichwohl haben dieselben gar kein Geld. Nur Geschäftsverkehr und produktive Industrie verlangen Geldmittel.

Senator Shermann tritt dem allgemeinen Rufe: „Mehr Greenbacks" entschieden entgegen und verlangt Verminderung des Papiergeldes durch Erklärung der Einlösbarkeit desselben, sowie Wiedereinführung der Baarzahlung.

Der Congreß und die Temperenzler.

Trotzdem die Temperenzler in den Staaten, in denen sie unbeschränkte Gewalt haben, die bittere Erfahrung gemacht, daß auch die strengsten Prohibitiv Gesetze nicht im Stande sind, dem Laster der Trunkenheit zu steuern, daß durch dieselben vielmehr nur eine Anzahl nützliche Industriezweige gestört und die Revenüen der Staats- und Bundesregierung geschädigt werden, haben sie beschlossen, in diesem Winter einen Hauptschlag zu thun und den Congreß zu veranlassen, die ganze Republik in ein Maßachusetts der Prohibition zu verwandeln. Der „Christliche Jungmänner-Verein," dieser Ausbund von „latter Tugend und zahlungsfähiger Moral," hat sich an die Spitze der Agitation gestellt, in Washington wird eine starke „Lobby" unterhalten, täglich finden Versammlungen statt, bei denen Congreßmitglieder, die „im Kopf und Lenden schwach und im Glauben so stark sind," den Vorsitz führen, die gesammte Geistlichkeit, vom „Hofprediger" bis zu dem wandernden Strandpenmissionär, hat Temperenz on the brain, täglich werden riesige Petitionen, ächte und fingirte, in die Hallen des Congresses geschleppt und die Zahl der Temperenz-Bills, welche zur Zeit beiden Häusern vorliegen, ist so groß, daß sie bereits einen ganz anständigen Codex bilden.

Alle Argumente, daß Prohibition nicht zum Ziele führt, daß der Bundesschatz einen Steuerausfall von Sechssiebenteln der ganzen Steuersumme nicht ertragen kann, ohne daß die Nation bankerott wird, verfangen bei diesen Leuten nicht, sie arbeiten rüstig an ihrem Werke weiter, die Ver. Staaten zu einer großen Kaltwasser-Heilanstalt zu machen.

Hr. L. Schade, welcher in Washington das Interesse der durch diesen Wahnsinn bedrohten Manufakturzweige ist fähiger Weise vertritt, hat vorgestern in beiden Häusern des Congresses, im Senat durch Logan und im Repräsentantenhause durch S. S. Cox folgende Bill einreichen lassen:

„Eine Bill, welche bestimmt, daß eine aus 5 Personen bestehende Commission ernannt werden soll, die mit den Ansichten jener Steuerzahler im Lande übereinstimmt, welche im Jahre 1873 von der Total-Einnahme inländischer Steuern von $114,075,456.08 die Summe von $95,810,612.71 für die drei Artikel, Spirituosen, Tabak und gegohrene Getränke bezahlten. Die Commission soll Erkundigungen einziehen über die praktischen Resultate restrikktiver oder prohibitiver Gesetzgebung in den verschiedenen Staaten der Union, und auffinden, ob solcher Gesetze der Trunksucht dadurch vermindert oder vermehrt wurde, ob der Gebrauch von Opium als Stimulant und ein Substitut für alcoholische Getränke in Folge jener Gesetzgebung allgemein geworden ist und ob die öffentliche Moral verbessert oder Scheinheiligkeit und Bestellung dadurch ermuthigt worden sind. Es soll ferner die Pflicht der besagten Commissäre sein, Information zu sammeln und Zeugniß aufzunehmen, ob das Laster der Trunkenheit in demselben Umfange oder noch in einem höheren Grade in anderen civilisirten Ländern existirt und ob jene fremden Nationen, die als die mäßigsten im Gebrauche von Stimulanzen betrachtet werden, in Folge von Prohibitions-Gesetzen so geworden sind, und ferner, bis zu welchem Grade eine Prohibitiv-Gesetzgebung den Verbrauch und die Fabrikation von Malz- und spirituösen Getränken in diesem Lande affizirt hat und ob weitere Gesetzgebung durch den Congreß nothwendig ist, um die bedeutendsten Zahler von Bundessteuern im Lande in dem ungehinderten Rechte, ein legitimes Geschäft betreiben zu dürfen, zu schützen."

Wie sind gespannt darauf, welche Aufnahme diese Maßregel im Congresse findet; dieselbe ist gewissermaßen ein Probirstein.

Eine wichtige Entscheidung.

Der „Habeas-Corpus"-Fall des wegen Ermordung eines Heizers vom Dampfer „Baltimore" angeklagten Zollinspektors Carson ist vorgestern vor dem Bundes-Kreisgerichte abgewiesen worden und der Mörder wird jetzt im Criminalgerichte der Stadt prozessirt werden.

Die Entscheidung des Richters Bond ist nicht nur für die Deutschen unserer Stadt, welche sich für diesen Fall speziell interessirten, nicht nur für Baltimore und Maryland, sondern für die ganzen Ver. Staaten von der weittragendsten Bedeutung. Der Fall involvirte die wichtige Frage, „ob wir eine privilegirte Klasse haben, welche unter dem Schutze der Bundesgewalt ungestraft irgend ein Verbrechen verüben kann?" Und es war nahe d'ran, dieselbe bejahend entschieden zu haben. Richter Bond, der den Mörder besonders in's Herz geschlossen zu haben schien, ließ alle Minen springen, um denselben in eine günstigere Situation zu versetzen, die Zollhausbeamten schürten eifrig nach, um für ihren Collegen eine günstige öffentliche Meinung zu fabriziren und der Staats-Anwalt, Hr. A. L. Knott, hatte einen schweren Stand. Sein gediegenes Argument würde allerdings bei jedem unbefangenen Tribunal durchgeschlagen haben, aber wo ist ein Bundesgericht heute noch unbefangen. Wir haben es in den letzten Jahren erlebt, daß Bürger auf die winzigsten Vermuthungen und auf die unglaubwürdigen Zeugnisse von Negern hin, als Kultigare in's Zuchthaus geschickt wurden; die sauberen Stückchen eines Bundesrichters Busted in Alabama, eines Durell in Louisiana, sind so berüchtigt, daß diese Namen bereits Synonyme für Corruption und Parteiservilität geworden sind. Wenn bisher ein Fall, in dem es sich um Ehre, Freiheit, Vermögen oder Leben eines Bürgers handelte, der nicht ein Anhängsel der herrschenden Partei war, vor ein Bundesgericht kam, so mußte man gewöhnlich für den Mann zittern; das Gefühl, daß vor den Bundesgerichten nicht das Recht, sondern nur die Partei gilt, ist im ganzen Lande so allgemein, daß die Entscheidung eines Richters Blatchford in New-York zu Gunsten des Journalisten Richard Dana, welchen das nun glücklicherweise ohnmächtig am Boden liegende Gezücht der Cooke's zu vernichten, reip. unschädlich zu machen suchte, und diese neueste Entscheidung des Richters Bond förmliches Erstaunen hervorgerufen haben.

Wie wir aus glaubwürdigen Quellen vernehmen, hat Hr. Bond monatelang den Fall in Erwägung gehabt und hätte augenscheinlich um's Leben gern eine günstige Wendung für seinen Schützling herbeigeführt; noch die Einleitung seiner Entscheidung, welche lautet, „Während ich der Ansicht bin, daß der Todtschlag, dessenthalben der Petent sich im Gewahrsam der Staatsbehörden befindet, zufällig geschah, —" zeigt, daß der Richter bestrebt ist, den Fall zu Gunsten Carson's zu präjudiziren; doch dieser radikalste der radikalen Richter scheint durch irgend Etwas fuzig geworden zu sein.

War es das meisterhafte Argument des Staatsanwaltes Knott, welcher, nachdem er bewiesen, daß der Mord nicht das Geringste mit den Amtspflichten des Inspektors Carson zu thun hatte, sondern nur das Werk des Rauftoldes und Gurgelabschneiders Carson war, näher ausführte, daß, im Falle einer günstigen Entscheidung, kein Bürger sich mehr in die Nähe eines Bundesbeamten wagen dürfe, ohne befürchten zu müssen, von denselben niedergeschossen zu werden?

War es die Furcht vor der öffentlichen Meinung, welche sich ohne Zweifel im ganzen Lande wie ein Sturm erhoben und der ohne ihn zweifelhaften Popularität des Richters Bond einen Stoß versetzt und ihn mit einem Durell, einem Clayton ꝛc. auf eine Stufe gestellt haben würde?

Oder war es das Gefühl, daß sich in den tonangebenden Kreisen der Partei thatsächlich ein Umschwung vorbereitet; daß man beschlossen hat, mit dieser gemeinen, verächtlichen Partei-Servilität zu brechen?

Beinahe möchten wir glauben, daß Letzteres der Hauptbeweggrund ist, jedenfalls sind Vermuthungen für diese Annahme vorhanden. Die Thatsache, daß diese Entscheidung sobald nach der Richtermischungs-Erklärung der Administration in der texanischen Angelegenheit fiel, und daß man vorher nach dem Arrangement des Bundesgerichtes einen ganz andern entgegengesetzten Spruch befürchten mußte, erhebt diese Vermuthung fast zur Gewißheit.

Die peremptorische Erklärung des Präsidenten Grant, welche dieser vor einigen Tagen einem radikalen Senator gegeben hat, ist nämlich für die hiesige Sippe, welche trotz ihrer lächerlichen Minorität unter dem Schutze der Sterne und Streifen und mit den Bayonneten im Rücken die Bürger Baltimore's und Maryland's zu vergewaltigen sucht, da sie es nicht durchzusetzen vermag, den ganzen Staat unter ihre Gewalt zu bekommen, ein eben so deutlicher Wink, als für die Bond's und Carson's in Louisiana und Texas. Der Präsident sagte nämlich: „Ich fange an, die Ueberzeugung zu gewinnen, daß es jetzt ist, für die republikanische Partei, die Bleigewichte abzuschütteln; sie hat bisher zu viel Ballast mit sich geschleppt. Der Erfolg unserer Waffen im Bürgerkriege und das Vertrauen, daß die republikanische Partei stark genug sei, irgend eine Last zu tragen, hat alle Schwierigkeiten in den Gesstiaten hervorgerufen. Ich bin des Unsinns müde. Man lasse Louisiana für sich selbst sorgen, gerade wie Texas für sich selbst zu sorgen hat.

Die Thatsache, daß solche Ungeheuerlichkeiten genähmt worden sind, hat die Lebenskraft der Partei nahezu erschöpft. Ich habe genug davon, solche Sachen müssen in Zukunft unterbleiben."

Das ist allerdings stark und sollte den Zollamts- und Bundesgerichts-Cliquen allenthalben im Lande zu denken geben.

Für das Volk ist der Ausgang der Verhandlungen vor dem hiesigen Bundesgerichte von unberechenbarer Bedeutung. Eine andere Entscheidung hätte allen Beamten der Ver. Staaten-Regierung, einerlei, ob sie als Zollamts-Inspektoren oder Wahlaufseher fungiren, das Recht gegeben, Jeden niederzuschießen, ohne deshalb vor einem Staats-Gericht zur Verantwortung gezogen zu werden.

† Die siamesischen Zwillinge.

Die weltberühmten siamesischen Zwillinge Chang und Eng sind am 17. d. M. in Mount Airy, N.-C., kurz nach einander im Alter von 63 Jahren gestorben. Nahezu ein halbes Jahrhundert hat dieses seltene Naturspiel die Welt in Staunen versetzt und die Männer der Wissenschaft fast aller civilisirten Nationen beschäftigt; das unzertrennliche Brüderpaar wurde fast in allen größeren Städten der bewohnten Erde zur Schau gestellt und zog sich vor etwa 20 Jahren in behäbigen Umständen auf ein Landgut in Nord-Carolina zurück, wo beide sich mit einem schwarzen Schwesternpaare, das selbstverständlich nicht zusammengewachsen war, verheiratheten. Die Doppelehe war in der ersteren Zeit eine äußerst glückliche. Jedes Paar hatte beim Ausbruch des Bürgerkrieges fünf Kinder, als jedoch Eins noch ein sechstes bekam, wurde das andere Paar mißtaunig und die beiden Schwestern erzürnten sich schließlich so, daß sie nicht mehr unter einem Dache wohnen wollten.

Die Brüder hegten ernstlich den Wunsch, sich durch eine wundärztliche Operation trennen zu lassen, dieses wurde jedoch von den ersten chirurgischen Autoritäten für unausführbar erklärt; der Tod der Beiden hat es bestätigt, daß die Theorie der Londoner Aerzte richtig und eine Trennung unmöglich war.

Chang und Eng wurden im Jahre 1811 in einem kleinen Dörfchen der siamesischen Küste einer armen Fischerfamilie geboren; deren Mutter hatte bereits 17 Kinder, einmal Drillinge und sieben Mal Zwillinge, die anderen Kinder waren jedoch alle wohl gestaltet. Beide waren am Rücken durch ein Fleischband von der Größe einer Hand, das ohne Knochen und Knorpeln und einer ziemlichen Ausdehnung fähig war, zusammengewachsen, im Uebrigen war ihre Organisation vollkommen, das Blut des Einen cirkulirte jedoch auch in dem Körper des Anderen, sie hatten deshalb alle leiblichen Gefühle, ihre Freuden und Sorgen, Wünsche und Abweigungen gemein. Im Jahre 1829 fand Capt. Coffin von dem amerikanischen Schiffe „Sachem" das seltene Paar und brachte dasselbe nach den Ver. Staaten, wo ihm der große „Showman" Barnum bald einen Weltruhm verschaffte. — Es ist jedenfalls merkwürdig, daß in der Nähe von Mount-Airy, der bekannten Heimat der Zwillinge, vor etwa 20 Jahren eine Negerin ein Zwillingspaar gebar, das in ähnlicher Weise zusammengewachsen war, wie Chang und Eng. Beides waren Mädchen; dieselben waren vor etwa 5 Jahren in unserer Stadt ausgestellt und nach ten im letzten Sommer, wie wir aus europäischen Blättern ersehen haben, in Wien großes Furore.

Pariser Blätter beschäftigen sich viel mit der in Paris herrschenden Noth; an verschiedenen Orten in der Provinz hat es schon kleine Aufstände wegen der Theuerung gegeben. Die Arbeitslöhne sind in vielen Zweigen bedeutend gesunken.

Telegraphische Depeschen.

Europäische Kabelberichte.

Deutschland.

Berlin, 16. Jan.—Die heutige „Nordd. Allg. Ztg." sagt, wenn die Politik Frankreich's den weltlichen Absichten des Papstthums dienstbar gemacht werde, so sei der Friede Europa's gefährdet.

Im Landtag spielte sich heute eine erregte Scene ab. Dr. Malinckrodt, ein Deputirter der clerikalen Partei, las einen Passus aus einem kürzlich erschienenen Werke des Gen. Lamarmora vor, in welchem es heißt, Bismarck habe im Jahre 1866 Unterhandlungen gepflogen über die Abtretung eines Theiles des linken Rheinufers. Fürst Bismarck erhob sich und erklärte diese Angabe für eine freche, boshafte Lüge.

Berlin, 21. Jan. — A. H. Hoffmann von Fallersleben, der beliebte deutsche Dichter, ist heute im Alter von 75 Jahren gestorben.

Unfall in einem Ulmer Theater.

New-York, 20. Jan. — In einem Theater zu Ulm in Deutschland ereignete sich während der Vorstellung eine Petroleum-Lampe. Die Flüssigkeit fiel wie ein Feuerregen auf die unten Sitzenden. Die Kleider von ungefähr 20 Frauen geriethen in Brand, mehrere derselben wurden erheblich, eine sogar tödtlich verletzt.

Schweiz.

Bern, 20. Jan. — Der Bundesrath hat den 15. Oktober als Tag für die Eröffnung des internationalen Post-Congresses angesetzt.

Washington, 21. Jan. — Der „große Rath" des Kantons Neuchatel hat in einer seiner letzten Sitzungen beschlossen, ein Portrait des verstorbenen Professor Agassiz anfertigen zu lassen und demselben in der neuen Rathskammer der Stadt Neuchatel, wo sich Agassiz zuerst berühmt machte, seinen Platz zu geben.

England.

London, 17. Jan., 5 Uhr Morgens. — Die großen Kornmühlen zu Leith brannten gestern Abend fast ganz nieder. Der Verlust wird auf 250,000 Pfund Sterling geschätzt. Vierhundert Arbeiter verloren ihre Beschäftigung.

London, 18. Jan. — Ein Drohartikel in der „Nordd. Allgem. Zeitung," welcher Auslassungen über die französische Politik in Bezug auf die päpstliche Frage enthielt, hat in Rom und Paris einen unangenehmen Eindruck gemacht. Die „Opinion Nationale" sagt: „Trotz der letzten Siege kennen die Preußen den Edelmuth nicht, welcher dem Sieger verbietet, den Besiegten zu beleidigen."

London, 20. Jan. — An der englischen Küste herrschte gestern ein heftiger Sturm.

Dem Gerücht über den bevorstehenden Austritt des Hrn. Lowe, Staatssekretär des Innern, wird widersprochen.

London, 20. Jan. — Der ungefähr eine Meile von hier wohnende Farmer Scally hat sich heute erhängt. Häuslicher Zwist wird als die Ursache angegeben.

London, 20. Jan., 5 Uhr Nachm. — Sir Montague Cholmeley, Parlamentsmitglied für Nord-Lincolnshire, ist gestorben. — Gladstone ist durch Unwohlsein an's Haus gebunden.

London, 21. Jan. — Das Parlamentsmitglied Whalley hat ein Schreiben an die Zeitungen gerichtet, in welchem er behauptet, die von Jean Luie, als Zeugen für den Angeklagten im Tichborne-Prozeß gemachten Angaben seien wahr, und seine Ueberzeugung ausdrückt, daß Luie durch Bestechung verleitet worden sei, das später erfolgte Geständniß zu machen. Dafür ist nun Hr. Whalley vorgeladen worden, um sich gegen die auf Geringschätzung des Gerichts lautende Anklage zu vertheidigen.

London, 21. Jan., 6 Uhr. — Der „Daily-Telegraph" sagt, daß der König der Ashanti eine Gesandtschaft an Gen. Wolseley geschickt und um Frieden gebeten habe.

London, 21. Jan. — Die Regierung hat beschlossen, gegen mehrere Personen, welche versucht haben, für die französische Barke „Maktlatre" englische Schiffspapiere zu erwerben, gerichtlich einzuschreiten. Die Barke war bestimmt, Waffen für die Karlisten nach Spanien zu bringen.

London, 21. Jan. — Hr. Gladstone ist vollständig wieder hergestellt.

Nach Privatbriefen von der Goldküste herrscht unter den Truppen Sir Garnet Wolseley's viel Krankheit, welche in manchen Fällen einen schnellen Tod herbeiführt.

Liverpool, 20. Jan. — Der Dampfer „Celtic" von der „White Star Linie," welcher am letzten Donnerstag Liverpool verließ, collidirte mit einem schwimmenden Wrack, wodurch seine Schraube schwer beschädigt wurde. Die „Celtic" kehrte im Schlepptau des Dampfers „Garlic" nach Queenstown zurück. Ihr Cargo wird auf den Dampfer „Garlic" verladen, während die Passagiere bis Freitag in Queenstown verbleiben und dann mit der „Baltic" ihre Reise nach New-York fortsetzen werden. — Die New-Yorker Agenten der genannten Compagnie bestätigen die Einzelnheiten dieser Mittheilung.

London, 22. Jan. — Professor Goldwin Smith erklärte und lobte gestern Abend in einer zu Manchester Behufs erziehlicher Zwecke abgehaltenen Versammlung das System der Volksschulen in den Ver. Staaten. Er vertheidigte die Cornell-Universität gegen den Vorwurf der Freigeistität, indem er behauptete, daß sie in der Beziehung auf gleicher Stufe mit der Universität zu Oxford stände.

Die „Times" veröffentlicht den Inhalt einer Note von Bismarck, in welcher derselbe die französische Regierung für die Uebergriffe der clerikalen Presse in Frankreich verantwortlich macht.

London, 21. Jan. — Eine Deputation von Arbeitern, an deren Spitze Joseph Arch stand, machte heute dem Hrn. Gladstone ihre Aufwartung und ersuchte ihn, dafür zu sorgen, daß das Wahlrecht auch auf Feldarbeiter ausgedehnt werde.

Hr. Gladstone erwiderte, daß er ihr Anliegen billige; rieth ihnen jedoch, Geduld zu haben, indem er die Bedeutung dieser Frage und die kurze Zeit, welche dem Parlament für seine Sitzungen bewilligt sei, betonte.

Frankreich.

Paris, 20. Jan. — Der Herzog von Cazes, Minister des Aeußeren, hat, indem er unter dem Einfluß des Fürsten Bismarck handelt, bekannt gemacht, daß Frankreich die in Italien bestehende Ordnung der Dinge anerkennen und dafür sorgen werde, die Gewalthätigkeiten der französischen Clerikalen zu unterdrücken.

Paris, 20. Jan. — Hr. Walthurne, der amerikanische Gesandte, überreichte dem Ex-Präsidenten Thiers gestern im Namen der französischen Bevölkerung Philadelphia's eine goldene Medaille. In der bei dieser Gelegenheit gehaltenen Rede erwähnte Hr. Washburne in warmer Anerkennung der Freundschaft, welche Frankreich den Ver. Staaten während des Bürgerkrieges erwiesen habe und sprach sich lobend über die Franzosen aus, welche die Ver. Staaten zu ihrer Heimath gemacht haben. Nachdem Hr. Thiers seinen Landsleuten in den Ver. Staaten für diesen neuen Beweis des Vertrauens seinen Dank ausgesprochen, erklärte er, daß die Republik die einzige für Frankreich mögliche Regierungsform sei, und daß dadurch das zwischen den beiden Nationen bestehende Freundschaftsband noch fester geknüpft werden würde.

Versailles, 20. Jan. — In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wurde die Bill, welche der Regierung das Recht überträgt, Maires zu ernennen, mit einer Majorität von 43 Stimmen angenommen. — Der Herzog von Cazes erklärte, daß die Befürchtungen, der Friede möchte gestört werden, grundlos seien. Er betonte den Wunsch der Regierung, mit Italien in fortwährendem Frieden zu leben.

Versailles, 21. Jan. — In der Nationalversammlung legte heute die Linke die Interpellation der Regierung Betreffs ihrer Behandlung der Presse vor, welche nach einer heftigen Debatte mit einer Majorität von 100 Stimmen auf den Tisch gelegt wurde.

Nachdem die Sitzung geschlossen war, sandte der Deputirte Hönjens seine Secundanten mit der Forderung auf ein Duell zu Hrn. Gambetta.

Spanien.

Madrid, 20. Jan. — Das Panzerschiff „Numancia" ist unter Geleit der „Vittoria" und des „Carmen" im Hafen von Cartagena angekommen. Der Marine-Minister, Admiral Topete, ist mit Vollmachten nach Cartagena gegangen, um die mit dem Intransigenten-Aufstand verknüpften Umstände zu untersuchen. Der Kriegsminister Zavalla wird während der Abwesenheit Topete's dessen Amt verwalten.

Madrid, 21. Jan. — Santander ist von den Karlisten bedroht, und Verstärkungstruppen der Republikaner eilen, um die Stadt zu entsetzen.

Madrid, 21. Jan. — General Dominiquez hat an der Spitze der Central-Armee den Feldzug gegen die Karlisten in Valencia eröffnet.

Barcia, ein Mitglied der Junta zu Cartagena, hat einen Brief an seine Freunde geschrieben, in welchem er ihnen räth, den Föderalismus zu verlassen und die Regierung zu unterstützen, bis der Aufstand der Karlisten unterdrückt sei.

Portugal.

Lissabon, 20. Jan. — Die Regierung hat die Quarantaine für solche Schiffe, die von der Goldküste kommen, aufgehoben.

Italien.

Rom, 20. Jan. — Es heißt, der Papst habe, veranlaßt durch den Jesuiten-Kardinal Tarquini, beschlossen, daß sein Nachfolger durch Akklamation der bei seinem Tode anwesenden Kardinäle erwählt, und alle Diejenigen, welche sich der Verfügung widersetzen, von dem nach diesem Ereigniß stattfindenden Conclave ausgeschlossen werden sollen.

Rom, 21. Jan. — Visconti Venosta hat vom Herzog de Cazes einen Brief erhalten, in welchem Letzterer dem freundschaftlichen Gefühle Frankreich's gegen Italien Ausdruck verleiht.

Rußland.

St. Petersburg, 20. Jan. — Der amerikanische Gesandte gab gestern Abend einen glänzenden, zahlreich besuchten Ball. Zu den Gästen gehörten eine große Anzahl hiesiger Aristokraten.

St. Petersburg, 20. Jan. — Der gestrige Ball der amerikanischen Gesandtschaft war eine „brillante Affaire." Gen. Kaufzmann, der Commandeur der Expedition gegen Khiva, war anwesend.

Inland-Depeschen.

Aus der Bundeshauptstadt.

Washington, 20. Jan. — Im Bundesschatz befanden sich heute $3,641,761 Coupons, $43,295,000 Spezial-Depositen gesetzlicher Zahlungsmittel zur Einlösung von Depositenscheinen, $86,798,655 Silber, einschließlich $45,724,100 an Münzzertifikaten. Die Papiergeld-Cirkulation betrug $382,548,537.

— Folgendes Telegramm ist hier eingelaufen: „Austin, Texas, 19. Jan. — An den Achtb. G. H. Williams, General-Anwalt. Ihr Telegramm hat die gewünschte Wirkung gehabt. Die Wirren in unseren Staatsangelegenheiten sind auf friedlichem Wege beigelegt worden. Thomas F. Purnell, Bundes-Marschall."

— Sekretär Richardson sagt, er denke nicht daran, abzudanken.

— Das Militär-Comite des Hauses einigte sich heute Morgen darüber, zu empfehlen, daß der Präsident ein Kriegsgericht ernenne, um den wegen Unterschleif angeklagten Gen. Howard prozessiren zu lassen.

— Der Civilrechtsrath hat an alle Farbigen der Ver. Staaten eine Ansprache erlassen, in welcher auseinandergesetzt wird, was der Regierung zu thun übrig bleibt, um das Würdigen der Farbigen vollständig zu machen. Denselben wird dringend anempfohlen, sich zur Unterstützung der Civilrechts-Sache überall zu organisiren.

Washington, 21. Jan. — Hr. Cushing hat sich entschlossen, den spanischen Gesandtschaftsposten anzunehmen, und trifft Vorbereitungen für seine Abreise nach Madrid.

— Der Präsident unterzeichnete heute die von beiden Häusern des Congresses angenommene Salair-Bill.

— Das Ansprüchs-Comite hat beschlossen, gegen die Forderung des Joseph Nocke, welcher für einen gebrochenen Post-Contrakt $300,000 verlangt, zu berichten. Dieses ist ein Seitenstück zu dem berüchtigten Choopenning-Anspruch.

— Senator Morton hat augenscheinlich neue Fakta über den Wahlstreit in Louisiana entdeckt, indem eine er Zurückverweisung der Angelegenheit des Mulatten Pinchback an das Wahl-Comite beantragte. Die Sache des Pinchback steht sehr wackelig. Man munkelt, daß Senator Morton erfahren hat, welche Praktiken Pinchbaz zur Erlangung der Wahl getrieben hat.

Die Wirren in Texas.

Washington, 16. Jan. — Heute erhielt der Oberbundesanwalt folgende Depesche von Austin, Texas:

„Der neuernannte Gouverneur Coke wurde gestern Abend in's Amt eingesetzt. Bewaffnete bewachen die Zugänge zu dem Capitol und den verschiedenen Büreaus. Andere Bewaffnete besetzen die Hallen der Gesetzgebung besetzt. Ein Conflikt scheint zur Zeit unvermeidlich. Eine Botschaft von Ihnen würde uns aus aller Unannehmlichkeit herausholfen."

Der Oberbundesanwalt erwiderte, daß er nur den Parteien rathen könne, sich friedlich zu vergleichen; er habe weder Gewalt zu interferiren, noch habe er irgend eine Pflicht zu erfüllen; er könne höchstens einen moralischen Einfluß auszuüben versuchen.

(Später.) Gouverneur Davis schickte heute eine weitere Depesche an den Präsidenten, in welcher er meldet, daß nach der Konstitution des Staates sein Amtstermin bis zum 28. April dauere, und daß er entschlossen sei, das Amt zu vertheidigen, weshalb er abermals um militärische Unterstützung bat.

Es ist keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die Regierung sich einmischen wird oder ihre Politik im Mindesten ändert.

Galveston, 16. Jan. — In der letzten Nacht verlangte Gouv. Davis von dem Commandanten der Bundestruppen eine Schutzwache, dieselbe wurde jedoch verweigert.

Gouv. Davis bot die Travis-Garde auf; dieselbe rückte aus, fand aber den einen Gouverneur bereits inaugurirt und stellte sich diesem zur Verfügung.

Der Patent-Congreß.

Washington, 17. Jan. — Der Patent-Congreß nahm in seiner gestrigen Sitzung die erste Resolution des Wiener Congresses an, welche erklärt, daß die Gesetze aller civilisirten Nationen, der angegebenen Gründe wegen, den Erfindungen Garantie'n geben sollten. Er modifizirte die zweite Resolution, welche erklärt, es sollte ein wirksames und nützliches Patent-System auf Grund der entwickelten Prinzipien probirt werden, indem man hinzufügte, „Ein Patent solle für eine Dauer von siebzehn Jahren mit dem Privilegium der Verlängerung, zum Besten des Erfinders oder seiner Erben für einen weiteren Termin von wenigstens sieben Jahren, gewährt werden." Mehrere Resolutionen in Betreff der Interessen der Erfinder und bezüglich der Patent-Gesetze wurden angeboten, und an das Geschäfts-Comite referirt. Es wurden noch mehr Beschlüsse beantragt, unter Andern von C. M. Parks, nach welchem der Congreß den Ueberschuß fond des Patent-Amtes, der jetzt im Bundesschatze liegt, zur Errichtung eines geeigneten Gebäudes am Indiciary-Square zur Ausstellung der Modelle der Erfinder verwenden sollte. Dieser Fond beträgt mehr als $1,000,000.

In der Abend-Sitzung berichtete das Comite über permanente Organisation folgende Beamtenliste für die amerikanische Patentgesellschaft ein: John S. Perry von Albany, Präsident; Dr. C. F. Stansbury von Washington, Sekretär; Achtb. J. M. Thacher von Washington, Schatzmeister; Direktoren, T. A. Dodge, Massachusetts; C. B. Kimball, Minnesota; G. H. Christy, Pennsylvanien; R. R. Graham, Illinois; R. C. Stiles, Connecticut; C. E. McDonald, Indiana; J. S. Boyle, Ohio; G. H. Bulkey, New-York.

In der heutigen Sitzung wurden noch verschiedene Geschäfte über die praktische Verwaltung erledigt, worauf sich der Congreß vertagte.

Die Temperenzler an der Arbeit.

Washington, 18. Jan. — Heute Nachmittag fand abermals eine zahlreiche Versammlung unter den Auspizien der „Congreß-Temperenz-Gesellschaft" statt. Senator Buckingham führte den Vorsitz. In der Versammlung, welche am letzten Donnerstag in der Halle des „Christlichen Jünglings-Verein" abgehalten wurde, ereignete sich eine äußerst interessante Scene. Während sodann Beschlüsse angenommen worden waren, in denen der Congreß ersucht wird, den Spirituosenhandel zu unterdrücken, trat Hr. L. Schade, der Redakteur des „Wash. Sentinel," ein und bat um Erlaubniß, einige statistische Thatsachen vorlegen zu dürfen. Dieses wurde ihm gestattet, und er berichtete, daß in den Jahren 1863—1873 inclusive, folgende Steuern eingingen:

Spirituosen	$388,237,918.17
Tabak	234,600,140.35
Gegohrene Getränke	62,279,737.83
	$685,117,796.37

1873.

Spirituosen	$ 52,099,371.78
Tabak	54,386,303.09
Gegohr